

Synode vom 27. Juni 2016

Traktandum 12

Interpellation betr.

„Landeskirchliches Bibelverständnis im Umgang mit Fundamentalismus und Homosexualität“

Antwort des Kirchenrates - Der Interpellationstext ist im Synodalamtsblatt I-2016 auf Seite 20f nachzulesen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Am 20. April 2016 ist beim Kirchenrat (undatiert) die oben erwähnte Interpellation von Peter Kuster, Synodaler aus Lustdorf, eingegangen. Der Kirchenrat beantwortet sie wie folgt:

Vorbemerkung

*Das Thema „Kirche und (Homo-)Sexualität“, scheint auf grosses Interesse zu stossen. Jedenfalls nehmen die Medien es in der Regel breit auf. Der Kirchenrat ist jedoch der Meinung, dass dieses Thema nicht **das** herausragende Thema der Kirche der heutigen Zeit ist. Jedenfalls ist es in der Bibel nicht das Hauptthema, und auch viele Leute der Kirche scheint es nicht derart zu beschäftigen, wie es den Anschein machen könnte. Die beiden Kirchgemeindeversammlungen von Dussnang und Bichelsee, an denen es um den Wahlvorschlag für einen homosexuellen Pfarrer ging, waren kaum besser besucht, als es bei anderen Versammlungen, an denen es um Pfarrwahlen geht, der Fall ist.*

Jedenfalls möchte der Kirchenrat die Mahnung von Theologieprofessor Ralph Kunz, die er im neusten Kirchenboten (Seite 14) ausgesprochen hat, ernst nehmen: „... warnt davor, aus der Homosexualität ein Thema zu machen, das die Kirchen spaltet“.

Zwei Hauptstossrichtungen

Die zahlreichen in der Interpellation des Synodalen Peter Kuster enthaltenen Fragen haben zwei Stossrichtungen. Die eine bringt den Wunsch zum Ausdruck, mehr über das (Nicht-) Zustandekommen der Wahl von Pfarrer Maik Becker und das Verhalten des Kirchenrates in diesem Zusammenhang zu wissen. Und die andere zielt auf grundsätzliche Fragen zum Thema „Kirche und Homosexualität“ bzw. „Kirche und Fundamentalismus“.

Die konkreten Umstände der (Nicht-)Wahl

Am 21. März 2016 versammelten sich 58 Kirchbürger(innen) in Bichelsee zur Kirchgemeindeversammlung, an der die Wahl des von der Pfarrwahlkommission vorgeschlagenen Kandidaten Maik Becker traktandiert war. Anlässlich der Eröffnung der Versammlung nannte der Präsident die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten und fügte an, das absolute Mehr liege demnach bei 30 Stimmen.

Hinweis: Die Nennung des absoluten Mehrs schon bei der Eröffnung einer Versammlung ist eine häufig geübte Praxis; sie macht aber keinen Sinn oder kann sogar irreführend sein. Denn das absolute Mehr berechnet sich bei jedem Entscheidvorgang wieder neu, je nach dem, wie viele Stimmen gültig sind.

Nachdem eine intensive Diskussion erfolgt war, instruierte der Präsident vor dem Wahlakt die Stimmberechtigten in dem Sinn, dass wer für eine Wahl von Pfarrer Becker sei, dessen Namen aufschreiben solle, und wer dagegen sei, den Stimmzettel leer lassen solle. Das Resultat (26 Stimmen für Pfr. Maik Becker und 32 Stimmen leer) wurde dann, im Sinn des anfänglich genannten absoluten Mehrs von 30 Stimmen, als Nicht-Wahl interpretiert. Nach geltendem Wahlgesetz hätten die Leerstimmen für das Ermitteln des absoluten Mehrs nicht mitgerechnet werden dürfen. Aber die Gemeindeversammlung agierte im Sinn der Instruktionen des Versammlungsleiters. Und sie ging in der Meinung auseinander, die Pfarrwahl sei nicht zustande gekommen.

Hinweis: Das Prozedere bei Pfarrwahlen ist tatsächlich problematisch: Will jemand einen Kandidaten verhindern, muss er einen Gegenkandidaten aufbauen, was bei Pfarrwahlen schwierig oder fast ein Ding der Unmöglichkeit ist - weil ja das Erfordernis der Wählbarkeit (aufgrund des beruflichen Wahlfähigkeitszeugnisses) besteht. Pfarrwahlen sind insofern etwas Anderes als z.B. Gemeindepräsidentenwahlen. Der Kirchenrat beabsichtigt, das Prozedere dahingehend zu ändern, dass Pfarrwahlen, analog der Praxis bei den Bestätigungswahlen, in Zukunft im Sinn einer Ja-/Nein-Abstimmung erfolgen sollen; der Wählerwille käme auf diese Weise authentischer zum Ausdruck. Diese Überlegungen stellt der Kirchenrat im Übrigen nicht erst aufgrund der Ereignisse in Dussnang-Bichelsee an. Er ist schon früher auf die Problematik aufmerksam geworden.

In Dussnang wurde Pfr. Maik Becker einen Tag später mit deutlichem Mehr gewählt. Nachdem der Kandidat dem Kirchenrat mitgeteilt hatte, dass er eine Annahme der Wahl in Dussnang, nicht aber in Bichelsee ins Auge fasse, erklärte ihm der Kirchenrat, dass nur eine Annahme (oder Ablehnung) der Wahl für beide Gemeinden möglich sei, da es sich um ein gemeinsames Pfarramt handle. Daraufhin erklärte Pfr. Maik Becker Nicht-Annahme der Wahl. Hätte er Annahme der Wahl erklärt, hätte der Kirchenrat das Zustandekommen der beiden Wahlergebnisse in Dussnang und Bichelsee nochmals genauer analysieren müssen. Wahrscheinlich hätte er dann eine Wiederholung der Wahl anordnen müssen, denn er kann nicht das Ergebnis im Nachhinein anders feststellen, als es an der Versammlung selbst in der Logik und aufgrund der Instruktion der Leitung festgestellt worden war. Die Versammlungsleitung ist weder an der Versammlung gerügt worden noch ist danach Rekurs erhoben worden.

Kirche und Homosexualität bzw. Kirche und Fundamentalismus

Der Interpellant bringt Äusserungen, die im Zusammenhang mit der (Nicht-)Wahl von Pfarrer Becker gemacht worden sind, in Zusammenhang mit Fundamentalismus. Zweimal spricht er in diesem Zusammenhang gar von „Gewaltbereitschaft“. Dem Kirchenrat liegen die entsprechenden Äusserungen, die im Vorfeld der Wahl oder auch während derselben gemacht wurden, nicht im Wortlaut vor. Gewisse Argumentationsweisen, die öfters verwendet werden, kann man wohl mit Recht als fundamentalistisch bezeichnen, oder man kann jenen, die entsprechende Bibelworte zitieren (z.B. 3. Mose 18,22 oder Röm 1,26f), vorwerfen, dass sie die Zitate aus dem Zusammenhang reißen. Man kann aber sicherlich nicht samt und sonders denen, die einen homosexuellen Pfarrer nicht wählen wollen, Fundamentalismus vorwerfen. Die Stimmberechtigten haben bei einer Pfarrwahl wie bei jeder anderen Wahl die Möglichkeit, ihre Präferenzen zum Ausdruck zu bringen. Und unter jenen, die Pfarrer Becker die Stimme nicht geben mochten, wird es viele gegeben haben, die nicht aufgrund von fundamentalistischer Argumentationsweise so entschieden haben, sondern eher aus einer wertkonservativen Grundhaltung heraus. Diese darf nicht schlecht gemacht werden. Jedenfalls liegt es dem Kirchenrat fern, Stimmberechtigte, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, für ihre Wahlentscheidungen zu kritisieren.

In einem noch grundsätzlicheren Zusammenhang fragt der Interpellant nach den Strategien, die der Kirchenrat hat, um fundamentalistischen Tendenzen zu begegnen. Dazu hält der Kirchenrat zunächst einmal fest, dass er mindestens in so grosser Sorge ist bezüglich des Überhandnehmens von Gleichgültigkeit und Desinteresse breiter Bevölkerungsteile gegenüber der Kirche und ihrer Botschaft wie bezüglich gewisser Strömungen, die man als fundamentalistisch bezeichnet.

Der Kirchenrat stimmt mit dem Interpellanten darin überein, dass sorgfältige theologische Information und Bildung gefragt ist. Und diese wird seit vielen Jahren auch auf ansprechendem Niveau angeboten. Die theologische Bildung darf aber nicht so erfolgen, dass man bei jenem Teil der Leute, die eine andere Position vertreten, einen „Nachholbedarf“ diagnostiziert, während man die eigene Position als die zum vornherein theologisch richtige darstellt. Um beim Beispiel der Homosexualität zu bleiben: Man muss nicht fundamentalistisch argumentieren, sondern kann durchaus ernstzunehmende schöpfungstheologische Argumente ins Feld führen (etwa mit Hinweis auf 1. Mose 1,27 und 1. Mose 2,24 bzw. Eph 5,31), wenn man die gleichgeschlechtliche Verbindung und das eheliche Zusammenleben von Mann und Frau nicht für gleichwertig hält. Weltweit gesehen sind in den Kirchen nach wie vor die traditionellen Sichtweisen und Bibelauslegungen in dieser Sache deutlich in der Überzahl. Man wird nicht allen diesen Kirchen einen Mangel an theologischer Bildung und Information vorwerfen dürfen!

Diskussionen rund um Fragen der Homosexualität hat die Synode erst kürzlich intensiv im Zusammenhang mit der neuen Kirchenordnung geführt. In nicht allzu ferner Zukunft werden wohl nochmals intensive Diskussionen auf Gesellschaft und Kirche in der Schweiz zukommen, wenn es um die Frage der Zulassung von gleichgeschlechtlichen (zivilen oder kirchlichen) Trauungen geht. Es ist zu hoffen, dass sie fair und ohne gegenseitige Ausgrenzungen erfolgen werden. Die Gefahr von „Ausgrenzung“ und „Intoleranz und Radikalismus“ sowie „Anspruch auf alleinigen Wahrheitsbesitz und fehlenden Respekt vor Andersdenkenden“ besteht durchaus in beide Richtungen.

Bezüglich der Anstell- oder Wählbarkeit von Personal in kirchliche Ämter kennen die kirchlichen Gesetze im Thurgau keine Vorschriften, was die sexuelle Orientierung betrifft. Einen Beschluss wie den vom Interpellanten zitierten von der EKD im Jahr 2010 gefällten Entscheid betr. „gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft im Pfarrhaus“ braucht es in der Evang. Landeskirche Thurgau nicht. Der Kirchenrat hatte im Vorfeld der Pfarrwahl von Dussnang und Bichelsee keinen Moment gezögert, dem Kandidaten, der im Besitz einer kantonalen Wählbarkeit war (SG), diese auf den Thurgau auszudehnen. Das Wahlgremium, im vorliegenden Fall die Kirchgemeindeversammlung, hat aber das Recht, Kandidaten nach verschiedenen auch persönlichen und privaten Gesichtspunkten zu beurteilen und einen Entscheid zu fällen.

In verschiedensten Funktionen leisten homosexuell empfindende Menschen in der Kirche wertvolle Dienste und werden mit grosser Selbstverständlichkeit akzeptiert und wertgeschätzt. Einen Anspruch auf Wahl haben aber auch sie, wie alle anderen, die für ein Amt kandidieren, nicht.

Frauenfeld, 1. Juni 2016

EVANG. KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Der Präsident: Pfr. Wilfried Bühner

Der Aktuar: Ernst Ritzi